

Beschlussbuch

| | |
|--|----------|
| Reform des Zuwanderungs- und Aufenthaltsrechts (Einwanderungsgesetz) | Seite 02 |
| Rehabilitation Opfer § 175 | Seite 03 |
| Blutspende Bayern | Seite 04 |
| Blutspende Bund | Seite 05 |
| Gewerkschaften an die Schulen | Seite 06 |
| Gleichberechtigung laut Koalitionsvertrag lückenlos und zügig umsetzen | Seite 07 |
| Arbeit ist ein Grundrecht! | Seite 08 |
| Europa: Festungen niederreißen und Brücken bauen! | Seite 09 |
| Oktoberfest-Attentat – Freigabe Akten | Seite 10 |
| Umbenennung der Treitschkestraße | Seite 11 |
| Umweltverbund | Seite 12 |
| Ausbildungstarif für alle reformieren | Seite 14 |
| Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr | Seite 15 |
| Für ein Sozialticket ohne Zeitbegrenzung | Seite 16 |
| Kein Parkhaus am Tierpark! | Seite 17 |
| Radverkehr stärken | Seite 18 |

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Reform des Zuwanderungs- und Aufenthaltsrechts** 4 **(Einwanderungsgesetz)**

5

6 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative mit folgenden
7 Zielen zu ergreifen:

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

- Erleichterung der Zuwanderung
- Minimaler bürokratischer Aufwand bei der Aufnahme
- Unverzögliche Eingliederung der Zuwanderer durch Sprachkurse, durch Anerkennung vorhandener beruflicher Qualifikationen und durch weitere berufliche Qualifizierungsmaßnahmen ohne jede Zeitsperre
- Unverzögliche schulische Betreuung, insbesondere durch intensive Sprachförderung, Minderjähriger und junger Heranwachsender ohne jede vermeidbare vorangehende Kasernierung in Unterkünften.

X Angenommen

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Rehabilitation Opfer § 175**

4

5 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert Initiative zu ergreifen zur gesetzlichen
6 Rehabilitierung, Entschädigung und Unterstützung von Verurteilten wegen
7 einvernehmlicher homosexueller Handlungen nach 1945 in beiden deutschen Staaten.

8

9 Begründung:

10

11 Während die Urteile nach §175 und §175a während des NS-Regimes im Jahr 2002
12 aufgehoben und den Opfer Anspruch auf Entschädigung zugesprochen wurde, gilt
13 selbiges für Verurteilte nach 1945 nicht. Beide deutsche Staaten haben die, unter dem
14 NS-Regime verschärften, §§ 175 und 175a weiterhin zur Anwendung gebracht und in
15 Westdeutschland ca. 50 000 Personen und in Ostdeutschland ca. 1300 Personen
16 verurteilt. Für Homosexuelle herrschte ein Klima der Angst und des Versteckens.
17 Tausende Existenzen wurden vernichtet. Jedes Jahr sterben Menschen als verurteilte
18 Straftäter, obwohl ihnen nichts anderes als einvernehmlicher gleichgeschlechtiger Sex
19 zur Last gelegt wurde. Dieses, aus der NS-Zeit fortgeschriebenes, Unrecht muss
20 versucht werden wieder gutzumachen.

21

22 Auch der Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) hat in zahlreichen
23 Urteilen seit 1981 deutlich gemacht, dass eine Gesetzgebung, die homosexuelle
24 Handlungen unter Strafe stellt, menschenverachtend ist, da den Betroffenen ein
25 entscheidender Teil ihrer Persönlichkeit abgesprochen wird.

26

27 X Angenommen

28

1 Adressat(innen): SPD-Landtagsfraktion
2

3 **Blutspende Bayern** 4

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Antrag im Bayerischen Landtag mit
6 folgendem Ziel zu stellen:
7

8 Die Bayerische Landesregierung soll sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür
9 einsetzen, dass im Rahmen der Blutspendeverordnung und bei der

10 Knochenmarkspende,

- 11 • Fragen nach der sexuellen Identität aus dem Fragebogen gestrichen werden
- 12 • Homo- und bisexuelle Männer nicht mehr generell und dauerhaft von der
- 13 Blutspende ausgeschlossen werden
- 14 • Keine sexuelle Abstinenz gefordert wird

15

16 Begründung: 17

18 Blutspende kann Leben retten und dient dazu lebenswichtige Arzneimittel
19 herzustellen. Leider herrscht in Deutschland immer noch eine Unterversorgung an
20 Blutspenden.

21 Umso unverständlicher ist es, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität
22 dauerhaft von der Blutspende ausgeschlossen sind. Es ist richtig, dass Menschen mit
23 einem erhöhten HIV-Risiko von der Blutspende auszuschließen sind. Aber nicht die
24 Homosexualität erhöht das Risiko, sondern risikohafte Sexualpraktiken wie
25 ungeschützter Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Partner/innen. Das trifft im
26 gleichen Maß auf Heterosexuelle wie auf Homosexuelle und Bisexuelle zu. Demnach
27 gibt es keine Risikogruppen aufgrund der sexuellen Identität sondern nur
28 Risikoverhalten. Nur danach sollte in den Fragebögen, die vor jeder Blutspende
29 ausgefüllt werden müssen, gefragt werden.
30

31 X Angenommen
32

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Blutspende Bund**

4

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Gesetzgebung
6 dafür einzusetzen, dass das Verfahren der Blutspende um folgende Punkte angepasst
7 wird:

- 8 • Dass Fragen nach der sexuellen Identität aus dem Fragebogen gestrichen
9 werden
- 10 • Dass homo- und bisexuelle Männer nicht mehr generell und dauerhaft von der
11 Blutspende ausgeschlossen werden
- 12 • Dass keine sexuelle Abstinenz gefordert wird

13

14 Begründung:

15

16 Blutspende kann Leben retten und dient dazu lebenswichtige Arzneimittel
17 herzustellen. Leider herrscht in Deutschland immer noch eine Unterversorgung an
18 Blutspenden. Umso unverständlicher ist es, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen
19 Identität dauerhaft von der Blutspende ausgeschlossen sind.

20 Es ist richtig, dass Menschen mit einem erhöhten HIV-Risiko von der Blutspende
21 auszuschließen sind. Aber nicht die Homosexualität erhöht das Risiko, sondern
22 risikohafte Sexualpraktiken wie ungeschützter Geschlechtsverkehr mit häufig
23 wechselnden Partner/innen. Das trifft im gleichen Maß auf Heterosexuelle wie auf
24 Homosexuelle und Bisexuelle zu. Demnach gibt es keine Risikogruppen aufgrund der
25 sexuellen Identität sondern nur Risikoverhalten. Nur danach sollte in den Fragebögen,
26 die vor jeder Blutspende ausgefüllt werden müssen, gefragt werden.

27

28 *X Angenommen*

29

1 Adressat(innen): Kleiner SPD-Landesparteitag

2

3 **Gewerkschaften an die Schulen**

4

5 Wir fordern, dass die Gewerkschaften bzw. stellvertretend für die
6 Einzelgewerkschaften der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an allen Schulen im
7 Freistaat Bayern in die Ausgestaltung der Berufsvorbereitung und
8 Ausbildungsberatung eingebunden werden sollen.

9 Der DGB erhält das Recht im vorletzten Schuljahr sowie im Rahmen der Ausbildung an
10 die Berufsschule entweder im Rahmen eines Bewerbungstrainings, einer
11 Berufsberatung oder des Sozialkundeunterrichts die späteren ArbeitnehmerInnen über
12 ihre Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer aufklären und vorbereiten zu können.

13 Auch im Rahmen der Berufs- und Studieninformation auch an der Gymnasialen sowie
14 Beruflichen (FOS; BOS) Oberstufe müssen diese Themen gleichberechtigt neben den
15 Informationen der ArbeitgeberInnen und Industrieverbänden behandelt werden. Dies
16 ist für uns ein fundamentaler Bestandteil beruflicher Beratung an Schulen, da die
17 VertreterInnen der Gewerkschaften SchülerInnen realistisch und unabhängig über die
18 Chancen und Verpflichtungen einer beruflichen Ausbildung beraten können.

19

20 Begründung:

21

22 Derzeit dürfen Einzelgewerkschaften sowie der DGB keine Werbung an Schulen
23 betreiben bzw. beratend für SchülerInnen tätig werden, obwohl sie das von der Politik
24 anerkannte Arbeitnehmersvertretung Gremium sind. Jedoch werden aber
25 VertreterInnen der ArbeiterInnen und Industrieverbände regelmäßig an Schulen geholt
26 um beispielsweise den SchülerInnen das Duale Studium näher zu bringen. Wir als
27 JungsozialistInnen verstehen die Betriebliche Ausbildung als ein Grundpfeiler innerhalb
28 der Ausbildungslandschaft, daher wollen wir diesen auch stärken, unserer Ansichten
29 nach kann am besten die Gewerkschaft bzw. der DGB für die Ausbildungsform
30 Interesse bei den SchülerInnen schaffen und gleichzeitig über Rechte und Pflichten von
31 Auszubildenden aufklären. Daher vordere wir auch, dass nicht nach dem
32 Schulabschluss die Einbindung der Gewerkschaften beendet werden darf. Wir fordern
33 sogar das auch noch während der Ausbildung die Gewerkschaften über die
34 Berufsschule stärker eingebunden werden.

35 Auch in der Tradition unserer Partei muss uns dieses Thema uns ein wichtiges
36 Bedürfnis sein, um auch die Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Gewerkschaft
37 ohne Mitglieder kann nicht wirksam die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertreten.
38 Dies kann nicht in unsrem Interesse liegen.

39

40 X Angenommen

41

1 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Gleichberechtigung laut Koalitionsvertrag lückenlos und zügig** 4 **umsetzen**

5

6 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Minister/innen der Regierung werden
7 aufgefordert bis Ende 2015 den Koalitionsvertrag in Bezug auf die Gleichsetzung der
8 gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft mit der Ehe umzusetzen und sämtliche
9 rechtlichen Diskriminierungen zu beseitigen. Hierzu zählt explizit auch die
10 Gemeinnützigkeit des Schutzes von Lebenspartnerschaften für Vereine in der
11 Abgabenordnung - ausgenommen sind davon Eheöffnung und Volladaption auf Grund
12 des bestehenden Koalitionsvertrages für die aktuelle
13 Legislaturperiode.

14

15 Begründung:

16

17 Im Koalitionsvertrag von SPD mit CDU/CSU steht auf Seite 74 „...Rechtliche
18 Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen,
19 werden wir beseitigen...“ Dieser Satz wurde Kritiker/innen am Koalitionsvertrag von
20 den Befürworter/innen v.a. aus Parteispitze und Bundestagsfraktion immer wieder
21 vorgehalten, mit der Begründung, dass hier alle Punkte drin seien und bis auf
22 Eheöffnung und Volladoption damit sämtliche rechtlichen Diskriminierungen
23 abgebaut würden. Dies hat bis zum Juni gehalten als in die aktualisierte
24 Abgabenordnung auf Druck der Unionsfraktion der Schutz der Lebenspartnerschaft
25 nicht als gemeinnütziger Grund für Vereine aufgenommen wurde - wie es für die Ehe
26 schon besteht Sämtliche Bundesgesetze, -regelungen, -verordnungen, -
27 dienstweisungen sollen bis spätestens Ende 2015 diskriminierungsfrei sein in Bezug
28 auf Ehe und Lebenspartnerschaft! Die Frist deutlich vor Ablauf der Legislaturperiode
29 dient dazu, Verschleppungsmanöver der Unionsfraktion zu verhindern.
30 Desweiteren steht die SPD und ihre Bundestagsfraktion hinter der Forderung der
31 Volladoption und Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare und wird sie in der
32 nächsten Legislatur umsetzen.

33

34 X Angenommen

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag

2

3 **Arbeit ist ein Grundrecht!**

4

5 In das Grundrechtekapitel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird
6 folgender Artikel eingefügt:

7

8 **Recht auf Arbeit**

9

10 (1) Jede Person innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes wird das Recht auf
11 Arbeit zugesichert.

12

13 (2) Alle Personen haben das Recht angemessen für ihre Arbeit entlohnt zu werden. Es
14 gilt der Grundsatz, dass jede Frau und jeder Mann, ob jugendlich oder erwachsen bei
15 gleicher Arbeit das Anrecht auf gleiche Entlohnung besitzen.

16

17 Begründung:

18

19 Das Recht auf Arbeit definiert das Anrecht jeder einzelnen Person bei freier Berufswahl
20 menschenwürdig arbeiten zu können und dafür angemessen entlohnt zu werden. In
21 Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist es als elementares
22 Menschenrecht verbürgt und durch Artikel 6 des Internationalen Pakts über
23 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie Artikel 1 der Europäischen
24 Sozialcharta, die beide von der Bundesrepublik unterzeichnet wurden, als verbindliches
25 Prinzip verfasst. Ebenfalls ist es in den Landesverfassungen von Bayern, Brandenburg,
26 Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen garantiert. Dem Recht auf einen
27 angemessenen Arbeitsplatz und eine gerechte Entlohnung unabhängig von Geschlecht
28 oder Alter muss auch durch das Grundgesetz der entsprechende Stellenwert als
29 einklagbares Grundrecht zugesichert werden. Die Sozialdemokratische Partei
30 Deutschlands steht in der Tradition Partei der Arbeit und guter Arbeitsbedingungen zu
31 sein. Arbeit hat ihren Wert und dieser darf nicht nur im täglichen Arbeitsalltag und der
32 Gesellschaft anerkannt sein, sondern muss ihrem Stellenwert gemäß auch in den
33 höchsten staatlichen Dokumenten entsprechend repräsentiert sein. Angemessen
34 bezahlte Arbeit schafft materielle Sicherheit, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen
35 Leben ermöglicht. Der Konsum der anderen demokratischen Grundrechte ist ohne
36 diese Mittel nur unzureichend gewährleistet. Die Garantie für gleichberechtigte
37 Teilhabe ist durch den Staat sicherzustellen. Daher ist das Recht auf Arbeit im
38 Grundgesetz als geschütztes Grundrecht zu verankern.

39

40 X Angenommen

41

1 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag
2

3 **Europa: Festungen niederreißen und Brücken bauen!**

4

5 Um die schlimmsten Auswüchse dieser Politik zumindest abzumildern, fordern wir
6 Jusos neben der sofortigen Auflösung von Frontex und die Übertragung sämtlicher
7 Mittel, Infrastruktur und des Personals an die neue Mission Triton, die den
8 Operationszielen von „Mare Nostrum“ nachempfunden ist und deren Einsatzraum auf
9 das gesamte Gebiet des Mittelmeers und des als Flüchtlingsroute genutzten Atlantiks
10 ausgeweitet wird.

11
12 Ferner ist eine dem Europäischen Parlament unterstellte Behörde einzurichten, die mit
13 den nötigen Ressourcen in Form von Personal, Material und einem Budget angemessen
14 auszustatten ist, um zusätzlich zur langfristigen Übernahme der Aufgabe der
15 Operation „Triton“ auch die Aufgaben der Nachbarschaftszusammenarbeit sowie der
16 Entwicklungszusammenarbeit aktiv zu gestalten. Die Arbeit der Behörde ist durch das
17 Europäische Parlament zu begleiten und zu überwachen.

18 Begründung:

19
20
21 Laut den Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) haben allein von
22 Januar bis September 2014 3072 Flüchtlinge bei dem Versuch das Mittelmeer nach
23 Europa zu überqueren ihr Leben gelassen. Das sind 75,4% der offiziell registrierten
24 Flüchtlingstode in diesem Jahr. Flüchtlingsorganisationen sprechen von bis zu 25000
25 Toten seit 1990.

26
27 Die Antwort der europäischen Staaten war zu allererst die Überwachung der Grenzen
28 mit der 2004 geschaffenen Agentur Frontex zu stärken und damit die Mauern der
29 Festung Europa noch höher zu bauen. Erst Initiativen, wie die Operation „Mare
30 Nostrum“ der italienischen Marine wurden Programme aufgelegt, die darauf ausgelegt
31 waren, Flüchtlingen in erster Linie zu helfen. Als dann die zeitlich begrenzte Operation
32 „Mare Nostrum“ auszulaufen drohte, wurde das europäische Projekt „Triton“ mit dem
33 selben Ziel aufgelegt. Das Budget von „Triton“ von 2,9 Millionen Euro pro Monat ist im
34 Vergleich zu den 9 Millionen Euro für „Mare Nostrum“ als unzureichend zu bezeichnen.

35
36 Zum weiteren Vergleich: Während „Mare Nostrum“ Schiffe, Hubschrauber, Personal
37 und Technik von der italienischen Marine sowie Küstenwache erhielt und bis in die
38 libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, wird „Triton“ kein eigenes Gerät zur
39 Verfügung haben und muss sich dieses von den Mitgliedsstaaten ausleihen. Ebenso
40 wird sich das Operationsgebiet auf die Nähe der italienischen Küste eingeschränkt. Im
41 Fokus werden die Pelagischen Inseln, die Gewässer entlang der südöstlichen Küste
42 Siziliens, sowie nahe Apuliens und Kalabriens, wodurch Teile der Ionischen See und der
43 Adria abgedeckt werden, stehen. Triton wird in der Regel also nur bis etwa 30
44 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa patrouillieren. Diese
45 Operation wird dabei zum Schutz und zur Überwachung der Außengrenzen
46 ausgerichtet sein, die auch Kapazitäten zur Seenotrettung hat.

47
48 Aus unserer Sicht ist sowohl die Finanzierung, Ausstattung, aber auch die Zielsetzung
49 der neuen Operation „Triton“ unzureichend und am Ziel vorbei gestaltet.

50
51 X Angenommen

52

1 Adressat(innen): SPD-Bundesminister, Bundestagsfraktion

2

3 **Oktoberfest-Attentat**

4 **Bundesregierung hält Geheimdienstakten unter Verschluss**

5

6 Die Münchner SPD fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
7 auf, für eine vollständige Freigabe aller verfügbaren Akten an die ermittelnde
8 Bundesanwaltschaft zu sorgen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dieses
9 Anliegen umgehend zu unterstützen.

10

11 Begründung:

12

13 Seit mehr als dreißig Jahren gibt es zahlreiche Anhaltspunkte für ein schwer wiegendes
14 Versagen der Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung des Oktoberfestattentats.
15 Nachdem endlich diese Ermittlungen wieder aufgenommen werden, kann nicht
16 hingenommen werden, dass die wenigen noch vorhandenen Unterlagen nicht
17 vollständig ausgewertet werden können.

18 Der angebliche Schutz von V-Leuten kann nicht überzeugen, denn entweder haben
19 diese V-Laute völlig versagt und schon allein deshalb keinen „Schutz“ verdient, oder es
20 hat solche V-Leute nie gegeben. Überdies ist nach mehr als dreißig Jahren kein Schutz
21 erforderlich.

22

23 Das Versagen der Ermittlungsbehörden muss auch deshalb dringlich aufgeklärt
24 werden, weil sich dieses Versagen Jahrzehnte später im Fall des NSU wiederholt hat.

25

26 X Angenommen

27

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, z.K. SPD-Fraktion im BA 10

2

3 **Umbenennung der Treitschkestraße in Heinrich-Graetz-Allee**

4

5 Bereits im Jahr 2010 setzten sich viele dafür ein, die Treitschkestraße umzubenennen:
6 leider damals ohne Erfolg. Eine aktuelle Initiative fordert mit einer Online-Petition die
7 Umbenennung der Treitschkestraße in Heinrich-Graetz-Allee.

8 Wir unterstützen die Petition und das Anliegen und fordern die Stadtrats- und BA-
9 Fraktion dazu auf die Umbenennung zu prüfen und schnellstmöglich durchzuführen.

10

11 Begründung:

12

13 Über 50 Jahre gab es nun eine Straße in München, die nach Heinrich von Treitschke,
14 dem „Vater des modernen Antisemitismus“, wie ihn Theodor Mommsen treffend
15 bezeichnete, benannt war. Damit soll nun endlich Schluss sein. 1960 wurde die
16 Treitschkestraße durch einen SPD-Oberbürgermeister eingeweiht, nun ist es an der Zeit
17 diese Entscheidung zurück zu nehmen. Wir erachten es als sehr treffend die Straße in
18 Heinrich-Graetz-Allee umzubenennen. Heinrich Graetz wurde explizit von Treitschke in
19 dessen Pamphleten angegriffen und war dessen Widersacher im sogenannten
20 „Berliner Antisemitismusstreit“. Heinrich Graetz starb 1891 während eines Besuchs bei
21 seinem Sohn in München. Ihm sollte nun in München durch eine Straße gedacht
22 werden.

23

24 X Angenommen

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

3 Umweltverbund

5 Die Münchner SPD setzt sich dafür ein, den Anteil des Umweltverbundes kontinuierlich
6 und verstärkt zu erhöhen. Dabei setzt sie sich gleichermaßen für *alle*
7 Verkehrsmittelarten des Umweltverbundes ein, da jede von ihnen spezifische
8 Funktionen übernimmt, bzw. übernehmen kann. Beim Fuß- und Radverkehr sind mit
9 vergleichsweise geringen Finanzmitteln noch große Steigerungen zu erzielen, die
10 gleichzeitig auch die Verkehrsbelastung in der Stadt reduzieren helfen.

12 Die Münchner SPD setzt sich verstärkt dafür ein, dass Zufußgehen in München nicht
13 nur als attraktive, sondern auch als sinnvolle Verkehrsart verstärkt gefördert wird und
14 Hindernisse für den Fußverkehr abgebaut werden.

15 (Z. B. durch ausreichend breite Gehwege und durch Verlängerung von
16 Ampelgrünphasen für Fußgänger).

18 Die Münchner SPD setzt sich ebenfalls verstärkt dafür ein, dass der Radverkehr sowohl
19 im Freizeitbereich als im Besorgungs- und Berufsverkehr ganzjährig attraktiver wird.
20 Hierfür müssen einerseits attraktive (= breite) Verkehrsanlagen für den Radverkehr
21 bereitgestellt werden, die sowohl für den langsamen als auch für den schnelleren
22 Radverkehr geeignet sind und Überholvorgänge untereinander gefahrlos erlauben
23 (Z. B. Bau von Radschnellwegen an Hauptverkehrsachsen). Andererseits sollen verstärkt
24 Voraussetzungen dafür geschaffen werden, auf eigene Radverkehrsanlagen verzichten
25 zu können (Z. B. durch Anordnung von Tempo 30).

27 In einer Stadt, in der Monat für Monat eine wachsende Zahl von Menschen mobil sein
28 möchte und muss, kann der motorisierte Individualverkehr nicht in gleichem Maße
29 mitwachsen. Die Münchner SPD setzt sich deshalb dafür ein, dass der Anteil des
30 Umweltverbundes an den Verkehrsarten weiter stetig zunimmt, da nur so langfristig
31 eine nachhaltige, soziale, umweltgerechte und ausreichende Mobilität in München
32 sichergestellt werden kann. Die Mobilitätsansprüche in einer wachsenden Stadt
33 verlangen eine neue Aufteilung des Verkehrsraums zugunsten der flächeneffizienten
34 und attraktiven Verkehrsarten ÖPNV, Rad- und Fußverkehr.

36 Begründung:

38 Welche Mobilitätsarten muss eine Stadt fördern, deren Bevölkerung stark ansteigt und
39 die sich immer weiter verdichtet?

41 Die Münchner Stadtteile, in denen die SPD traditionell starken Rückhalt genießt,
42 zeichnen sich durch ein besonders sozial- und umweltgerechtes Verkehrsverhalten aus:
43 Hier haben der Fuß-, Rad- und Öffentliche Personennahverkehr die höchsten
44 Verkehrsanteile.

46 Auch beim Blick auf die verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen dieser Stadt zeigt
47 sich, dass die Menschen, die wir mit unserer Politik besonders stärken wollen,
48 diejenigen sind, deren Verkehrsverhalten einen besonders niedrigeren CO₂-Ausstoß
49 verursacht; je höher das Haushaltseinkommen desto schlechter die CO₂-Bilanz im
50 Verkehrsverhalten. Dies ist der aktuellen umfassenden Verkehrsuntersuchung
51 Mobilität in Deutschland (München) im Detail zu entnehmen. Aus dieser Befragung
52 ergibt sich auch, dass vor allem junge Menschen, alte Menschen und Frauen
53 vergleichsweise den niedrigsten CO₂-Ausstoß verursachen.

1
2 Der Ausbau des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr dient breiteren
3 Bevölkerungsgruppen als alle Maßnahmen für den Motorisierten Individualverkehr
4 (MIV). Auch unter dem wichtigen Aspekt der Barrierefreiheit ist der Umweltverbund
5 hervorzuheben, da er Kindern, Jugendlichen, Alten und körperlich eingeschränkten
6 Menschen zugänglich ist, auch ohne fremde Begleitung. Das Gleiche gilt für die
7 finanzielle Barriere: Der Umweltverbund steht auch den Menschen zur Verfügung, die
8 aus finanziellen Gründen keinen Zugriff auf ein Auto haben.

9
10 X Angenommen
11

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Ausbildungstarif für alle reformieren**

4

5 Die Jusos fordern seit vielen Jahren eine grundlegende Reform des Ausbildungstarifs.
6 Nachdem für die Studierenden in Form des Semestertickets nach langem Kampf
7 Fortschritte erzielt wurden, gilt es nun auch für SchülerInnen und Auszubildende
8 Verbesserungen zu erreichen.

9

10 Ziel muss ein Ticket sein, welches allen Menschen in Ausbildung die Nutzung von
11 öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem bezahlbaren Preis ermöglicht. Wir wollen, dass
12 der neue Ausbildungstarif an allen Tagen des Jahres und rund um die Uhr gilt. Der
13 Münchner Wohnungsmarkt lässt Menschen in Ausbildung häufig keine großen
14 Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche, daher fordern wir eine Lösung für die
15 gesamte Stadt. Unser Ziel ist ein Ticket, das maximal 1 Euro am Tag kostet.

16

17 Wir fordern die SPD Stadtratsfraktion auf, sich diesbezüglich für eine Teilfinanzierung
18 über die Stadt einzusetzen. Es muss von der LHM für SchülerInnen und Azubis die
19 gleiche Geldsumme pro Kopf für Ticketzuschüsse zur Verfügung gestellt werden, wie
20 für Studierende. Diese Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ziel
21 der Reform soll es weiter sein, entsprechend § 45a PBefG einen möglichst weitgehend
22 aus Landesmitteln finanzierten Ausbildungstarif zu entwickeln, der die ÖPNV-
23 Beförderungskosten von SchülerInnen, Azubis und Studierenden zu ihren
24 Ausbildungsarten und ggf. darüber hinaus abdeckt.

25

26 Das Tarifsystem im MVV bedarf dringend und zeitnah einer Überarbeitung. Wir wollen,
27 dass im Rahmen der Tarifstrukturreform ein Arbeitskreis eingerichtet wird, der sich mit
28 den Belangen von Studierenden, SchülerInnen und Auszubildenden auseinandersetzt,
29 um für von Anfang an eine gute Lösung für diese Zielgruppen mit in die neue
30 Tarifstruktur zu integrieren. In den Arbeitskreis sollen auch VertreterInnen der
31 jeweiligen Zielgruppen eingebunden werden. Im Zuge der Tarifstrukturreform soll das
32 Ziel eines im gesamten Stadtgebiet gültigen Tickets, wie oben beschrieben, möglichst
33 vollständig umgesetzt werden. Mindestens bis dieses Ziel erreicht ist, wird das
34 Semesterticket weiterhin unterstützt.

35

36 Wir setzen uns langfristig über die Stadt hinweg dafür ein, dass die MVV Landkreise
37 sowie der eigentlich verantwortliche Freistaat Bayern an den Kosten von
38 Semesterticket und Ausbildungsticket beteiligt, bzw. deutlich mehr beteiligt werden.
39 Wir setzen uns auch in Oberbayern dafür ein, dass die SPD Forderungen nach einer
40 besseren Finanzierung des ÖPNVs und insbesondere der Ausbildungstarife formuliert
41 und von der Bayern SPD einfordert.

42

43 X Angenommen

44

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion und SPD-Landtagsfraktion

2

3 **Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr**

4

5 Die Jusos München fordern die zuständigen städtischen Dienststellen auf für
6 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, besonders im Nah- und Fernverkehr, zu sorgen
7 bzw. auf die zuständigen Stellen wie z. B. die Bahn einzuwirken. Bei bereits
8 bestehenden Liften und Rolltreppen in den U- und S-Bahnhöfen ist im Falle eines
9 Defekts für eine sofortige Instandsetzung zu sorgen. Veraltete Bahnhöfe sind dringend
10 nachzurüsten. Für die LH München muss es große Priorität haben als Gesellschafterin
11 der Stadtwerke München diese zu beauftragen für die U- Bahnhöfe eine
12 entsprechenden Ausbau voran zu treiben. Hinsichtlich der entstehenden Kosten ist für
13 eine finanzielle Ausgleichsleistung zu sorgen. Außerdem sollten die alten Trambahnen,
14 trotz ihres Münchner Traditionsschmucks aus dem Verkehr gezogen werden.
15 Hinsichtlich der S-Bahnhöfe und Bahnhöfe wird die LH München aufgefordert auf die
16 DB einzuwirken hier ebenfalls nachzurüsten. Des Weiteren ist das
17 Störungsmanagement, wie bei Ausfall von Zügen oder der Umleitung mit Bussen zu
18 überdenken und mit Selbsthilfeverbänden und Behindertenbeirat zu überarbeiten.
19 Zusätzlich fordern die Jusos München, dass durch eine entsprechende bauliche
20 Anpassung dafür gesorgt wird, dass die Bordsteinhöhen keine Zugangsschwierigkeiten
21 darstellen.

22

23 Begründung:

24

25 Die Inklusion von Menschen mit Behinderung und/oder Beeinträchtigungen die sich
26 die Gesellschaft politisch als Ziel gesetzt hat kann nur erfolgreich umgesetzt werden,
27 wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind. Hierzu gehört die
28 Möglichkeit soweit als möglich die Mobilität für diesen Personenkreis zu
29 gewährleisten. Die Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und öffentlichem Leben
30 setzt voraus, dass man die Chance besitzt Kulturstätten etc. mit öffentlichen
31 Verkehrsmitteln problemlos zu erreichen.

32

33 Der Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr kann nur sinnvoll umgesetzt
34 werden, wenn die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Haltestellen und
35 Bahnhöfen nicht ihrerseits größere Barrieren aufweisen. Dementsprechend sind die
36 Bordsteinhöhen anzupassen. Ebenfalls ist die Nutzung der alten Trambahnen, die
37 derzeit regelmäßig auf der Strecke 27 zum Stachus verkehrt, für Menschen mit
38 körperlicher Einschränkung oder Menschen mit Kinderwägen oder Ähnlichem
39 unmöglich. Bei Störfällen im Nah- und Fernverkehr ist oft die Beschilderung nicht
40 ausreichend oder die Durchsagen nicht verständlich, dies bedarf der Überarbeitung.

41

42 X Angenommen

43

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

3 Für ein Sozialticket ohne Zeitbegrenzung

5 Die SPD München beschließt:

- 6 1. Den Wegfall der zeitlichen Begrenzung für die Isarcard S
- 7 2. Grundsätzlich die Kostenfreiheit der Isarcard S – in einem ersten Schritt die
8 Übernahme der Preisgestaltung des LK München (Monatlich 24,60€ statt 28€);
9 darüber hinaus eine schrittweise weitere Absenkung
- 10 3. Die Erstellung eines aktuellen Gutachtens zur Bezifferung der Nettokosten der
11 LHM Sozialrefat für die Ausstellung der Münchenpässe in Relation mit der
12 Kosteneinsparung der MVG durch die bisherige Preiserhebung bei der Isarcard S

14 Begründung:

16 Die IsarCard S ist eine günstige Monatskarte und erhältlich für Personen, die
17 Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II), nach dem SGB XII (Sozialhilfe und
18 Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung) oder nach dem
19 Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Die IsarCard S orientiert sich an der
20 IsarCard9Uhr, gilt also werktags erst ab 9 Uhr (bis um 6 Uhr des Folgetags).

22 Das ist aber bei sozial schwächer gestellten, die Anspruch auf öffentliche Leistungen
23 haben, kontraproduktiv. Nicht nur müssen sie regelmäßig Ämter besuchen mit
24 Öffnungszeiten am Vormittag, sondern beginnen auch Bewerbungsgespräche,
25 Probearbeiten, Schulungen oder Nebentätigkeiten häufig zu Zeiten, die Fahrten vor 9
26 Uhr zwingend notwendig machen. Zwar können sich hilfeberechtigte Menschen, die
27 berufstätig sind, zusätzliche Fahrtkosten bei der Berechnung ihrer Hilfe auf dem
28 Sozialbürgerhaus anrechnen lassen. Doch dies setzt voraus, dass sie von dieser
29 Möglichkeit wissen. Überdies stellt die Anrechnung der zusätzlichen Fahrtkosten einen
30 unnötigen Aufwand dar, sowohl für die hilfeberechtigten Menschen als auch für die
31 Sozialbürgerhäuser.

33 Zudem ist die Anlehnung an die IsarCard 9 falsch, weil EmpfängerInnen der IsarCard S
34 gezwungen sind, die Karte zu nutzen samt ihrer Nutzungsbedingungen. Bei der
35 normalen IsarCard 9 kann der Käufer/die Käuferin freiwillig auf den Berufsverkehr
36 verzichten und damit finanzielle Vorteile nutzen. Eine Einschränkung der IsarCard S auf
37 9 Uhr, die sie gezielt vom Berufsverkehr ausschließt, behindert EmpfängerInnen damit
38 nicht nur bei der Integration in den Arbeitsmarkt, sondern auch in ihrem freien Willen.
39 Hilfeberechtigte Menschen sind in ihrer Bewegungsfreiheit sowieso schon stark
40 eingeschränkt durch Mangel an finanziellen Mitteln. Ihnen dann nicht einmal die
41 Freiheit zu lassen, U-Bahn zu fahren wann sie wollen, grenzt an soziale Segregation.
42 Die Lösung für überlastete Verkehrsmittel zu Stoßzeiten muss ein Ausbau selbiger sein,
43 nicht die Ausgrenzung derer, die sich nicht wehren können.

45 X Angenommen

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, Oberbürgermeister Dieter Reiter

2

3 **Kein Parkhaus am Tierpark!**

4

5 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass Planungen für ein Parkhaus am
6 Tierpark weder für das Gebiet um Siebenbrunn noch für andere Flächen in der
7 Umgebung des Tierparks weiter vorangetrieben und unterstützt werden.

8

9 Begründung:

10 Der Bau eines Parkhauses soll in erster Linie den Parkdruck am Tierpark an
11 Spitzentagen mindern, der sich laut einem Verkehrsgutachten für die Münchner
12 Tierpark Hellabrunn AG auf ca. 1.400 Autos pro Tag beläuft. An diesen Tagen reicht das
13 derzeit vorhandene Parkplatzangebot von ca. 830 Parkplätzen nicht aus. Der Parkdruck
14 an diesen Tagen ist allerdings nicht ausschließlich durch Besucher des Tierparks
15 induziert, sondern auch durch Besucher der Isarauen, die diese zum Erholen und Feiern
16 nutzen. Als Spitzentage werden 2012 an 27 Tagen, in weiteren Jahren ca. 40 – 50 Tage
17 eingestuft.

18 Diese Anzahl an Spitzentagen rechtfertigt die Kosten für ein Parkhaus nicht und führt
19 im Gegenteil dazu, dass Nutzer der Isarauen (Naherholungsgebiet / Partymeile)
20 künftig diese vermehrt mit dem Pkw ansteuern. Die Verkehrsbelastung für Thalkirchen
21 und / oder Harlaching wird durch den Bau eines Parkhauses weiter zu nehmen.

22

23 Darüber hinaus entstehen durch den Bau eines Parkhauses Nebenfolgen, die weder im
24 vorliegenden Gutachten noch in den vorliegenden Planungen der Parkhäuser
25 ausreichend berücksichtigt sind. Dies betrifft v.a. ökologischen Folgen für die
26 Umgebung des Parkhauses, deren Lage u.a. in einem Überschwemmungsgebiet
27 (Isarauen) situiert ist. Beide derzeit diskutierten Standorte (Siebenbrunner Strasse bzw.
28 Isarauen / westliches Ende der Alemannenstraße) liegen in erheblichen Umfang in
29 einem Fauna-Flora-Habitat Gebiet, das insbes. vor Versiegelung geschützt werden
30 sollte.

31

32 Des Weiteren ist die verkehrliche Anbindung beider Parkhaus-Vorschläge durch die
33 bestehende Verkehrsführung nicht abbildbar. Bereits jetzt kommt es an den
34 sogenannten Spitzentagen zu erheblichem Rückstau, der sich durch die
35 Einfahrtssituation in ein Parkhaus nicht verbessern wird. Aufgrund der räumlichen
36 Gegebenheiten vor Ort scheint eine Lösung über weitere Abbiegespuren nicht
37 realisierbar. Somit kommt es nicht zu einer Entlastung der Straßenverkehrssituation
38 vor Ort, sondern wird potentielle Nutzer eines Parkhauses dazu verleiten, weiterhin in
39 den umliegenden Anwohnerstraßen nach dort vorhandenen derzeit kostenfreien
40 Parkmöglichkeiten zu suchen. Alternative Verkehrslösungen sind durch diese
41 Fokussierung auf ein Parkhaus vollkommen unterbelichtet.

42

43 Ferner besteht die Gefahr durch die Schaffung von Baurecht in den diskutierten
44 Flächen einen Tatbestand zu schaffen, der zu einer Aufweichung der bestehenden
45 Restriktionen für Bebauung z.B. entlang der Schönstrasse führen könnte.

46

47 Der Bau eines Parkhauses ohne die gleichzeitige Verbesserung der Anbindung des
48 Tierparks an den ÖPNV (Anbindung durch Tram, Bus, U-Bahn sowie Kombi-Ticket) und
49 für den Fahrradverkehr stellt ein rückwärtsgewandtes verkehrspolitisches Zeichen dar,
50 das im Widerspruch zu einer Entlastung des öffentlichen Raums von motorisiertem
51 Individualverkehr steht.

52

53 X Angenommen

54

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Radverkehr stärken**

4

5 Rad- und Fußverkehr sind die die nachhaltigsten Verkehrsmittel, sie sind nicht nur
6 ökologisch sinnvoll, sondern auch kostengünstig. Diese Erkenntnis muss auch in der
7 Rathauspolitik deutlicher als bisher zum Tragen kommen. Unser Ziel muss es sein, es
8 möglichst vielen MünchnerInnen zu ermöglichen ihre Wege zu Fuß oder mit dem
9 Fahrrad zurückzulegen. Dafür sind kurze direkte Wege, eine wohnortnahe Versorgung
10 in allen Stadtteilen und attraktive öffentliche Räume wichtigste Voraussetzung.

11

12 **Radwegenetz ausbauen**

13

14 München ist Radlhauptstadt. Um diesem Slogan wirklich gerecht zu werden brauchen
15 wir weitere Verbesserungen in der Infrastruktur für RadfahrerInnen. Den Ausbau des
16 Radwegenetzes müssen wir stetig voranbringen. Wenn dies an einzelnen Stellen zu
17 Lasten des Pkw-Verkehrs geht, nehmen wir das in Kauf. Leider ist das Radwegenetz
18 gerade auch entlang vielbefahrener Verbindungen immer noch nicht ausreichend.
19 Beispielhaft seien hier die Rosenheimer Straße, die Hackerbrücke, die Theresienstraße
20 oder auch die Tegernseer Landstraße genannt. Die Tegernseer Landstraße
21 beispielsweise muss auf dem Abschnitt zwischen Silberhornstraße und
22 Grünwalderstadion, wo sie Richtung Süd-Westen derzeit nur für Trambahnen
23 freigegeben ist, auch für Fahrräder freigegeben werden. Die Herrnstraße (Nähe Isartor),
24 um ein weiteres Beispiel zu nennen, endet östlich mit einer Treppe – an dieser und an
25 vergleichbaren Stellen müssen zumindest Schieberampen für Fahrräder nachgerüstet
26 werden. Auch im Bereich der Straßenübergänge gibt es Verbesserungsbedarf.
27 Grundsätzlich sind oberirdische plangleiche Übergänge zu bevorzugen (Bsp.
28 Menzingerstraße/Wintrichring). Diese dienen auch der Barrierefreiheit. Planfreie
29 Übergänge müssen an allen Auf- und Abgängen zumindest mit Schieberampen
30 ausgestattet werden. Ampelschaltungen müssen vielerorts überprüft und an die
31 Bedürfnisse der RadlerInnen angepasst werden. Eine Mitführung des Radverkehrs bei
32 der Ampelschaltung des Fußverkehrs ist nicht zielführend.

33

34 **Fahrradfreundliche Innenstadt**

35

36 Die Durchlässigkeit der Innenstadt für FahrradfahrerInnen muss gewährleistet sein.
37 Das muss auch bei einer Ausweitung der Fußgängerzone bedacht werden. Für die
38 Verbindung Rindermarkt – Sonnenstraße fordern wir einen Fahrrad-Bypass im Bereich
39 der Fürstenfelder Straße/Färber-graben/Alzheimer Eck/Herzogspitalstraße, in dem
40 FahrradfahrerInnen vorfahrtberechtigt sind. Auch die Verbindung Odeonsplatz –
41 Sendlinger Tor muss für RadfahrerInnen optimiert werden. Wir begrüßen die
42 vermehrte Ausweisung von Fahrradstraßen und die Öffnung von Einbahnstraßen für
43 RadfahrerInnen entgegen der Fahrtrichtung. Wo immer möglich, sollten solche
44 Maßnahmen getroffen werden.

45

46 X Angenommen

47